

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 187 (2021)
Heft: 5

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

KSK unter Dauerbeschuss

Ganze 37 000 Positionen kamen zusammen, als der Kommandeur des Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr im Frühjahr 2020 befahl, «persönlich gehortete Munition» unter gleichzeitiger Gewährung einer Generalamnestie zurückzubringen. Eine Inventur ergab, dass weitere 10 000 Munitionsbestandteile fehlten. Insgesamt 50 000 Artikel, von denen man nichts wusste, wurden gefunden. Brisant: Über 60 Kilogramm Sprengstoff fehlten. Soweit der Versuch des Brigadegenerals Markus Kreitmayr, seinen «Laden» aufzuräumen. Der



Kommandeur des KSK, Brigadegeneral Markus Kreitmayr.

Bild: Bundeswehr

Schuss ging nach hinten los. Weil der Eliteverband gleichzeitig wegen rechtsextremen Vorfällen nicht aus den Schlag-

zeilen kommt, dürfte es bald auch der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) zu viel werden. Sie stellt die Existenz des Verbandes gänzlich in Frage, lässt die Vorfälle am KSK-Standort in Calw deshalb seit März von ihren Wehrdisziplinaranwälten untersuchen. Es geht um Dienstpflichtverletzungen. Im Besonderen um die genannte Sammelaktion, die nur infolge einer Hausdurchsuchung im Garten eines KSK-Ausbildungsunteroffiziers an die Öffentlichkeit gelangte. Kreitmayr, ursprünglich angeheuert um Ordnung in die Truppe zu bringen, bleibt dabei auf seinem Posten. AKK betont: «Jeder Soldat, so auch Brigadege-

neral Kreitmayr, verdient ein faires und offenes Verfahren, wobei die Motive und Hintergründe klar berücksichtigt werden.» Am ersten April nahm dann auch die Staatsanwaltschaft Tübingen ihre Arbeit auf und untersucht den Fall aufgrund vermuteter Verstöße gegen das Wehrstrafgesetz, konkret wegen unterlassener Mitwirkung bei Strafverfahren. Kontrapunkt: Munition konnte laut Bundeswehrverband bereits früher straffrei abgegeben werden und die grossen Fehlbestände sind offenbar klar auf die Zeit vor Kreitmayr zurückzuführen, der das Kommando erst seit Juni 2018 führt. Für den KSK-General gilt die Unschuldsumutung.

Frankreich

Armee im Wandel

Die Forces Armées führten im März zum ersten Mal eine Übung im Weltraum durch. Der Chef des neu geschaffenen Weltraumkommandos, Divisionär Michel Friedling, meinte dazu, «das ist ein Stress-test unserer Systeme, und auch eine Premiere. Für die französische Armee und auch das gesamte Europa». Seine Übung unter dem Namen «AsterX» simulierte 18 unterschiedliche Ereignisse, hauptsächlich im Rahmen von Krisensituationen und Bedrohungen gegen französische Weltrauminfrastruktur. Der General erklärte in seinem Hauptquartier in Toulouse, dass besonders die Gefährdung eige-

ner Satelliten durch fremde Staaten mit «beträchtlichen Weltallkapazitäten» im Zentrum der Übung, an welcher auch Teilnehmer der US-Space Force und der deutschen Raumfahrtbehörden teilnahmen, stand. Drei Wo-

chen später wurden dann die Pläne für eine Volltruppenübung im Gebiet Champagne-Ardenne bekannt. Dort soll 2023 eine Division, unterstützt in der Luft und zur See, während mehreren Tagen den Angriff eines fiktiven Geg-

ners abwehren. In Kombination mit bereits im Januar durch den Generalstab einberufenen Arbeitsgruppen, die das Thema Bereitschaft zur Kriegsführung (unter anderem hinsichtlich Munitionsbeständen, Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung und Opferakzeptanz im eigenen Land) untersuchen, muss angenommen werden, dass Frankreich sich wieder vermehrt auf die Kriegsführung mit hoher Intensität fokussieren wird. Potenzielle Gegner werden nicht genannt. Beobachter gehen jedoch davon aus, dass Russland, die Türkei oder ein nordafrikanisches Land in den mit dem Begriff *hypothèses d'engagement majeur* zusammengefassten Szenarien gemeint ist.



Bild: Ministère des Armées

Schlagkräftig bleiben: Forces Armées Françaises.

USA/Japan

Schärferer Tonfall gegenüber China

Die Vereinigten Staaten und Japan verschärfen ihren Tonfall gegenüber China. Nach

Gesprächen der Aussen- und Verteidigungsminister der beiden Staaten in Tokio stellten sie in einer gemeinsamen Erklärung China als Risiko für die friedliche Zusammenarbeit

im Indo-Pazifischen Raum dar. «China verwendet Zwang und Aggression, um die Autonomie in Hongkong systematisch zu erodieren, es untergräbt die Demokratie in Taiwan, miss-

braucht Menschenrechte in Xinjiang und Tibet und beansprucht Seerechte in der südchinesischen See, die internationales Recht verletzen», sagte der amerikanische Aussen-

minister Antony Blinken nach dem Ministertreffen vor Journalisten in Tokio.

Von japanischer Seite nahmen an dem Gespräch Ausserminister Toshimitsu Motegi und Verteidigungsminister Nobuo Ishi teil. In der gemeinsamen Erklärung heisst es, dass das chinesische Verhalten, insoweit es mit der bestehenden internationalen Ordnung unvereinbar sei, politische, wirtschaftliche, militärische und technologische Herausforderungen für die Allianz und die internationale Gemeinschaft darstelle. «Wir sind vereint in der Vision einer freien und offenen Indo-

Pazifischen Region», sagte Blinken. «Wir werden, wenn notwendig, dagegenhalten, wenn China Zwang oder Aggression verwendet, um seinen Willen zu bekommen.»

Das Treffen in Tokio war das diplomatische Reisedebüt von Blinken und von Lloyd Austin, dem amerikanischen Verteidigungsminister, in der Regierung unter Präsident Joe Biden. Dass sie als erstes Reiseziel Japan wählten, wird in Tokio als Signal für die Bedeutung gewertet, die die Regierung Biden der Sicherheitskooperation mit dem asiatischen Land zumisst. Japans Ministerpräsident Yoshihide Suga wird

Anfang April nach Washington reisen und als erster ausländischer Regierungschef im direkten Gespräch mit Biden beraten. Suga erhielt als Vorbereitung auf die Reise am Dienstag in Tokio vor laufender Kamera eine erste Schutzimpfung gegen das Coronavirus.

Die Rhetorik gegenüber China war schärfer als bei den vergangenen amerikanisch-japanischen Ministertreffen unter der Vorgängerregierung von Donald Trump. In den Abschlusserklärungen der Treffen in den Jahren 2017 und 2019 wurde China nicht namentlich erwähnt. Ein direkter Erfolg Japans ist, dass die

Minister in der Erklärung ausdrücklich betonten, der gemeinsame Verteidigungspakt umfasse auch die unbewohnten Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer. Diese verwaltet Japan und sieht sie als japanisches Territorium an. Die Inseln werden von China unter dem Namen Diaoyu und auch von Taiwan beansprucht. China hat im vergangenen Jahr 333 Mal, so oft wie noch nie zuvor, Schiffe der Küstenwacht vor den Inseln auffahren lassen, um dort Präsenz und Ansprüche zu demonstrieren. Die chinesischen Schiffe bedrängen dabei zum Teil japanische Fischerboote.

Lateinamerika

Russland und China auf dem Vormarsch

Bei geostrategischen Beratungen im Kongress haben sich hohe US-Militärs über die Rolle Chinas und Russlands in Lateinamerika geäussert. Admiral Craig Faller, Oberkommandierender der US-Streitkräfte für Mittel- und Südamerika, sagte gegenüber dem Verteidigungsausschuss des Senats, dass China sich zur «grössten Bedrohung in der Region» entwickelt habe. Das Land nutze die Corona-Pandemie und die «fragile» politische Situation, um eine Anzahl von Ländern ökonomisch und politisch auszubuten.

Faller sagte weiter, er halte Lateinamerika in der Auseinandersetzung mit China für vorrangig. Dort sei der US-Einfluss aufgrund der bedeu-

tenden Aktivitäten des Konkurrenten am Schwinden. Die Vereinigten Staaten müssten sich dieser Entwicklung stellen, denn sie finde in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft statt.

Eine Woche zuvor wies auch Michael Studeman, der Oberkommandierende der US-Streitkräfte für den indisch-pazifischen Raum, in die gleiche Richtung: China fühle sich zu einer «immer aggressiveren Haltung ermutigt», da die USA unfähig seien, die Militäraktivitäten des asiatischen Landes zu bremsen. Als Konsequenz sieht man Chinas Agieren offenbar wie eine Art Blaupause der eigenen militärisierten Geopolitik.

«Wir werden auf chinesische Streitkräfte treffen, die als globale Eingreifarmee an jedem Ort der Welt interveniert, wo sie glauben, dass die

Interessen des Landes gefährdet sind», warnte der Irak-Veteran.

In den militärischen Analysen wird deutlich, dass man jede Zusammenarbeit lateinamerikanischer Regierungen mit China, aber auch mit Russland als eine Bedrohung der eigenen Sicherheit interpretiert.

Faller und Studeman beklagen, dass beide Nationen seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie durch Hilfslieferungen und die Versorgung mit Impfstoffen zu viel an politischem Einfluss in der Region gewonnen hätten. Mit diesem neu gewonnenen Vertrauen würden sie zudem Exklusivverträge für die Bereitstellung der G5-Technologie in den Ländern ergattern. Das sei auch auf den Bahamas und in Mexiko der Fall, so Glen Van Herck, Chef des US-Kom-

mandos für den karibischen Raum und Mexiko.

Die ranghohen US-Militärs kritisieren, Russland und China würden in Sachen medizinischen Beistandes eine gezielte diplomatische Strategie fahren. Auch die kubanischen Ärztebrigaden erlangten mit ihrem Einsatz eine unzulässige Sympathie unter den Völkern des Südens.

Weitere Bedrohungen würden im Bereich der Medien stattfinden: «Moskau arbeitet daran, die USA in Misskredit zu bringen, indem es den Nachrichtenraum der Region mit Desinformation überflutet. Hunderte von Artikeln stellen die Sicherheitsaktionen der USA verzerrt dar. Im Jahr 2020 haben dort russische Medien ihre Leser und Zuschauer in den sozialen Medien von sieben auf über 18 Millionen erhöht.»

Myanmar

UN-Berichterstatter spricht von «Massenmord»

In Myanmar sind bis Ende März mehrere Menschen von

den Sicherheitskräften getötet worden, darunter auch Kinder. Trotz der drohenden Gefahr von Kopfschüssen durch Sicherheitskräfte gingen in Yangon, Mandalay und an-

deren Städten wieder zahlreiche Menschen auf die Strassen, um gegen den Putsch vom 1. Februar zu demonstrieren. Die neuen Demonstrationen fanden zum Tag der

Armee statt, den das Militär mit einer Parade in der Hauptstadt Naypyitaw beging. Dazu schickten unter anderem Russland und China Vertreter.

Der UN-Sonderberichterstatter für Myanmar, Tom Andrews, hat das Vorgehen der Militärjunta in dem Land als «Massenmord» bezeichnet. Es sei an der Zeit für die Welt einzugreifen – wenn nicht durch den Sicherheitsrat, dann durch ein internationales Gipfeltreffen zu Myanmar, teilte Andrews mit. Man könne die Öl- und Gaszahlungen und damit die Finanzströme an das Militär in dem Land einstellen oder den Zugang des Militärs zu Waffen stoppen.

Westliche Länder haben das Vorgehen des Militärs in Myanmar scharf verurteilt. Doch das Militär hat weiterhin Unterstützer in Russland und China, Veto-Mächte im UN-Sicherheitsrat. Diplomatische Vertreter aus acht Ländern, Russland, China, Indien, Pakistan, Bangladesch, Vietnam, Laos und Thailand, hatten am

Samstag einer Militärparade in der Hauptstadt Naypyitaw beigewohnt. Die Unterstützung der Regierungen in Moskau und Peking ist für die Armee in Myanmar besonders wichtig, weil beide Staaten ein Veto-Recht im UN-Sicher-

heitsrat haben. Die USA und europäische Staaten erliessen dagegen in der vergangenen Woche neue Sanktionen.

Die USA zeigten sich über das brutalste Vorgehen der Sicherheitskräfte in Myanmar «entsetzt». Die gewaltsame

Niederschlagung von Protesten gegen die Militärherrscher am Samstag habe gezeigt, dass die Junta im Interesse einiger weniger «das Leben des Volkes opfern will», erklärte in Washington US-Aussenminister Antony Blinken. «Das mutige Volk von Myanmar lehnt das Terrorregime der Militärs ab.»

Seit dem Militärputsch am 1. Februar sieht sich die Junta in Myanmar massiven Protesten gegenüber, gegen die sie äusserst brutal vorgeht. Mehr als 2600 Demonstranten wurden seit Beginn der Proteste festgenommen, insgesamt wurden nach Angaben von örtlichen Menschenrechtsaktivisten fast 420 Menschen getötet. Die Demonstranten fordern unter anderem die Freilassung der entmachteten De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi und eine Rückkehr zur Demokratie.



Demonstrant mit der Fahne der «National League for Democracy».

Syrien / Irak

IS nicht geschlagen

In den nordöstlichen Provinzen Syriens, östlich des Euphrats bis nach Aleppo, kam es im März zu einer Reihe von Angriffen durch den Islamischen Staat. Das Gebiet, teilweise unter der Kontrolle der Syrisch Demokratischen Kräfte (die in Opposition zu Präsident Al-Assad stehen), ist einem langsamen Erstarken des IS ausgesetzt. Die Islamisten bedienen sich dabei gängigen Praktiken: entweder sie entführen lokale Würdenträger oder operieren mittels IED-Anschlägen entlang den Hauptverkehrsachsen. Im ersten Fall werden die Opfer in aller Regel ermordet, nicht ohne davor wegen Folter sicherheitsrelevante Informationen preiszugeben. In den letzten zwölf Monaten etwa 50 Mal. Über 100 Bombenaschläge auf Sicherheitskräfte und -verantwortliche bilden das andere Ende des Gewaltspek-

trums. In letzter Zeit kamen aber vermehrt auch Zivilisten und vor allem auch Verwaltungsgebäude, zivile Infrastruktur und alles, was mit dem rudimentären Funktionieren der kurdisch geführten autonomen Verwaltung im gesamten Gebiet zusammenhängt, dazu. Das alleinige Ziel der IS-Anhänger: Gewalt verbreiten und Rache verüben, unterdessen mehrmals pro Woche. Dies führte dazu, dass der irakische Generalstab veranlasste, in enger Zusammenarbeit mit Russland, dem Iran und der syrischen Regierung, etwa 140 Kilometer der Grenze zu den syrischen Gebieten zu befestigen. Vor allem in den umstrittenen Gebieten zwischen dem irakischen Sinjar und dem syrisch-irakisch-türkischen Dreiländereck in dem von den Peschmerga kontrollierten kurdischen Autonomiegebiet weiter nördlich am Tigris. Dort wurden ein drei Meter tiefer und vier Meter brei-

ter Graben ausgehoben, Wälle angelegt und Stacheldraht verlegt, Beobachtungstürme aufgestellt und Wärmebild- sowie weitere Überwachungskameras (von der internationalen Anti-IS Koalition geliefert) installiert. Das soll dem so genannten Quartet Security Center (QSC), über welches sich das irakische Verteidigungsministerium mit russischen, syrischen iranischen und eigenen Geheimdienstvertretern austauscht und dem Versuch – so der offizielle Zweck der Organisation – die nächsten Schritte des IS antizipieren zu können, behilflich sein. So soll es letztendlich dem irakischen Joint Operations Command gelingen, die Gewalteskalation einzudämmen. Allein, das QSC diene «überhaupt nur einer schlecht inszenierten Show, es sei nicht ernst gemeint», so Ahmad Rahhal, ein vor Jahren desertierter syrischer Admiral. Denn, so sind sich Ex-

perten einig, die syrische Regierung steht im ganzen Konflikt derzeit völlig abseits. Es geht offenbar um viel mehr. Im Hintergrund haben Russland und die USA die Fäden in der Hand und tauschen sich auf sehr hohem Niveau aus. Ihr Ziel: den Einfluss des Irans einzuschränken und die von Teheran beabsichtigte «Landbrücke» via Irak, Syrien und den Libanon ans Mittelmeer zu verhindern. Inwiefern das alles dem von zehn Jahren Krieg geprägten Syrien helfen wird, sei dahingestellt. Mehr als 600 000 Tote, 11 Millionen Vertriebene, 2 Millionen von extremster Armut Betroffene und von der UNO geschätzten 13,4 Millionen in diesem Jahr von humanitärer Hilfe abhängigen Einwohner, haben weiterhin keine Perspektive. Es gibt nach wie vor keinen praktikablen Friedensprozess und die Aussichten auf eine Lösung des Konflikts sind düsterer denn je.

Mosambik

Unsichere Lage

Seit Dezember verstärkten sich Angriffe auf Dörfer der nördlichen Region Cabo Delgado. Ende März übernahmen nun, dort im Norden Mosambiks, Rebellen die Küstenstadt Palma, im gleichnamigen Distrikt. Die Regierung bezeichnet diese Aufständischen als Terroristen. Die bewaffnete Gruppierung sieht sich selbst als Ahl al-Sunnah wa al Jamma'ah (lokal auch al-Shabaab genannt), dem Islamischen Staat zugehörig. Letzterer verbreitete unterdessen auch Fotos, die islamistische Kämpfer in Tarnuniformen und roten Stirnbändern zeigen. Seit Mitte 2019 beansprucht der IS immer wieder Terroranschläge in der Region für sich. Meistens

werden dabei Zivilisten mit Macheten angegriffen und enthauptet, junge Frauen und Mädchen entführt oder ganze Dörfer niedergebrannt. In den letzten zwei Jahren wurden mindestens 2500 Menschen getötet. Der Aufstand hat unterdessen wegen zunehmender militärischer und taktischer Hilfe des IS noch mehr an Intensität gewonnen. Unterdessen mussten über eine halbe Million Einwohner ihre Häuser verlassen oder wurden vertrieben, darunter – laut UNO Kinderhilfswerk UNICEF, etwa 350 000 Kinder. Es droht Notstand. Lebensmittel sind bereits knapp oder nur noch von der FAO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, zu erhalten.

Die Region gilt als energiereich, besonders Flüssigerdgasvorkommen ziehen internationale Konzerne an. Diese planten Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe. Allein ein französischer Energiehersteller musste in den letzten Wochen ganze Baustellen evakuieren, viele Arbeiter sind in Hotels in oder nahe der Stadt Palma untergebracht. Omar Saranga, Armeesprecher des Verteidigungsministeriums in der knapp 2000 Kilometer südlich gelegenen Hauptstadt Maputo, erklärte dazu, dass die Regierung weiterhin nicht um internationale Hilfe bitten will und meinte «das primäre Ziel der Terroristen sei es, den Energieprojekten zu schaden». Immerhin vertrauen die Konzerne noch den staatlichen Si-

cherheitskräften und gehen laut einer Pressemeldung von Ende März davon aus, dass die Regierung die Kontrolle über das gesamte Gebiet zurückerlangen wird. Ein Mittel, das gemäss Amnesty International (AI) am häufigsten im Kampf gegen den Aufstand angewendet wird: südafrikanische Söldner. Diese setzen in Absprache mit der Armee bewaffnete Helikopter gegen die Kämpfer der Ahl al-Sunnah wa al Jamma'ah ein und werfen dabei auch Handgranaten auf – immer öfters – nicht identifizierte zivile Ziele wie Menschenansammlungen oder Spitäler ab. Von Kriegsverbrechen im grösseren Stil spricht AI und aus Söldnerkreisen hört man (via youtube), «dass es halt einfach jemand tun musste».

Nordkorea

Kim testet Raketen – Biden enttäuscht Alliierte

Nach Angaben Südkoreas und Japans hatte Nordkorea Ende März zwei ballistische Kurzstreckenraketen im Osten des Landes in Richtung offenes Meer abgefeuert. Es war der erste Test solcher Raketen des Landes seit etwa einem Jahr. Tests mit ballistischen Raketen jeglicher Reichweite sind Nordkorea durch UN-Resolutionen untersagt. Derartige Flugkörper sind in aller Regel Boden-Boden-Raketen, die je nach Bauart auch einen atomaren Sprengkopf befördern können. Nordkorea ist wegen seines Atomwaffenprogramms harten internationalen Sanktionen unterworfen.

Nordkorea beschrieb die erprobte Rakete als «Waffensystem, dessen Sprengkopfgewicht auf 2,5 Tonnen verbessert worden sei. Die entsprechende Schlüsseltechnologie

sei bereits entwickelt worden. Der Flugkörper habe wie geplant ein angepeiltes Ziel im Wasser in 600 Kilometer Entfernung von der nordkoreanischen Ostküste getroffen. Laut



Nordkoreanische Rakete im Test.

Bild: NHK

Angaben des südkoreanischen Militärs flogen beide Raketen 450 Kilometer, bevor sie ins Meer stürzten.

Nach der international kritisierten Erprobung von zwei Kurzstreckenraketen hat Nordkorea technische Fortschritte bei der Entwicklung dieser Waffensysteme für sich reklamiert. Bei dem Test sei der

«neue Typ eines taktischen, gesteuerten Projektils» erfolgreich zum Einsatz gekommen, berichteten Staatsmedien.

Die Entwicklung der Waffe sei «von grosser Bedeutung für den Ausbau der Militärmacht des Landes und die Abschreckung gegen alle Arten militärischer Bedrohungen auf der koreanischen Halbinsel», wurde das Politbüromitglied der in Nordkorea herrschenden Arbeiterpartei, Ri Pyong Chol, zitiert.

Die Raketentests überschatteten den Start des olympischen Fackellaufs in Japan. Im Juli 2021 sollen die Olympischen Spiele in Tokio beginnen. «Der erste Start in weniger als einem Jahr stellt eine Bedrohung für Frieden und Stabilität in Japan und der Region dar und verstösst gegen die Resolutionen der Vereinten Staaten», sagte der japanische Premierminister Yoshihide Suga in Kommentaren des öffentlich-rechtlichen Rundfunks NHK.

Die Reaktion des neuen US-Amerikanischen Präsidenten enttäuschte Südkorea und Japan. Joe Biden hatte die Raketentests zuletzt nicht als Bedrohung angesehen. «Das Herunterspielen nordkoreanischer Raketentests wird der US-Diplomatie mit Nordkorea in keiner Weise helfen und Nordkorea nur ermutigen, die Grenzen dessen, was die neue Regierung akzeptieren kann, weiter zu testen», sagte Markus Garlauskas, ein führendes Mitglied des Atlantic Council und ehemaliger US-Geheimdienstoffizier für Nordkorea. Der japanische Premierminister Suga sagte, er werde für eine sichere Olympiade sorgen und den Start mit Biden während seines Besuchs in Washington im nächsten Monat besprechen.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider